

Protokoll der Sitzung des Geschäftsführungsausschusses

Sitzungstag: 26.01.2022 Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr Sitzungsende: 18:56 Uhr Sitzungsart: Videokonferenz

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Silke Lüerssen

Vom Ausschuss die Mitglieder

Alexander Schober
Ralf Bohr
Heinz Hoffhenke
Uwe Jahn
Beata Linka in Vertretung für Wolfgang Rabe
Gerhard Scherer (ab 16:40 Uhr)
Nurtekin Tepe (ab 16:35 Uhr)

Beratende Mitglieder

Uwe Janko
Carsten Koczwar

Gäste

Dirk Bülow (Polizei Bremen)
Rainer Conrades (Beirat Hemelingen)
Hannelore Sengstake (Beirat Hemelingen)

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.01.2022 sowie Rückmeldungen

TOP 2: Vorbereitung der Beiratssitzung am 03.02.2022

TOP 3: Vorbereitung der Beiratssitzung am 10.03.2022

TOP 4: Vorgemerkte Themen für künftige Beiratsbefassungen

TOP 5: Verschiedenes (u. a.)

Aktueller Sachstand GS Alter Postweg
Stadtteilbudgets für die Pflege der öffentlichen Grünanlagen 2022 und 2023

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung. Da zu dem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Fachausschussmitgliedern keine weiteren Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser als Tagesordnung beschlossen.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.01.2022 sowie Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 12.01.2022 wird genehmigt.

TOP 2 Vorbereitung der Beiratssitzung am 03.02.2022

Vorschlag zur Tagesordnung

Beginn	Gemeinsame Sitzung der Beiräte Hemelingen, Mitte und Östliche Vorstadt
19:00 Uhr (60 Min)	TOP 1 Sachstand Tempo 30 Hastedter Osterdeich/Osterdeich sowie Rad-Premiumroute Bereich Unterführung Hastedter Brückenstraße (Erdbeerbrücke) dazu einladen:
	Nach Beendigung des o.g. TOPs wird die Sitzung mit dem Beirat Hemelingen fortgeführt.
20:00 Uhr (10 Min)	TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung 13.01.2021 sowie Rückmeldungen
20:10 Uhr (20 Min)	TOP 3: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten
20:30 Uhr (10 Min)	TOP 4: Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau
20:40 Uhr (45 Min)	TOP 5: Missbräuchliche Nutzung von öffentlichen Spielplätzen dazu einladen: Petra Putzer (Amt für Soziale Dienste) Referent:innen (Senator für Inneres)
21:25 Uhr (25 Min)	TOP 6: Beiratsverschiedenes (u.a.) Globalmittelvergabe

Aktualisierter Vorschlag zur Tagesordnung

19:00 Uhr (45 Min)	TOP 1: Aktueller Sachstand zur Umsetzung der Radpremiumroute im Stadtteil Hemelingen“
19:45 Uhr (10 Min)	TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung 13.01.2021 sowie Rückmeldungen
19:55 Uhr (30 Min)	TOP 3: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten
20:25 Uhr (10 Min)	TOP 4: Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau
20:25 Uhr (45 Min)	TOP 5: Missbräuchliche Nutzung von öffentlichen Spielplätzen dazu einladen: Petra Putzer (Amt für Soziale Dienste) Referent:innen (Senator für Inneres)
21:10 Uhr (50 Min)	TOP 6: Beiratsverschiedenes (u.a.) Globalmittelvergabe

Zu TOP 1:

zur Info: Mitteilung des ASV an das Ortsamt Mitte / Östliche, dass eine vor kurzem durchgeführte Erhebung der Verkehrsbelastung am Osterdeich *ergeben hat, dass diese **deutlich** unter dem normalen Niveau liegt.*

Gerade auch deshalb, weil davon auszugehen ist, dass die mögliche Anordnung von T30 einer rechtlichen Prüfung von anderer Seite unterzogen wird, sollten die Verkehrszählungen rechtlich belastbar sein. Die Verkehrszählungen sind die Grundlage für das sich anschließende, ebenfalls kostenintensive Schallgutachten.

Weiter sind aufgrund der deutlich geringeren Verkehrsbelastung auch Nachteile in Bezug auf das Ergebnis der Schalluntersuchung zu erwarten, da weniger Fahrzeuge natürlich auch weniger Lärm bedeuten.

Sobald eine entsprechende Verkehrsbelastung und die damit verbundene Chance auf eine belastbare Verkehrszählung vorliegt, werde ich mich unverzüglich wieder mit Ihnen in Verbindung setzen...

Aufgrund der vorstehenden Mitteilung und dem „Signal“ aus dem Ortsamt Mitte / Östliche Vorstadt, dass es vermutlich zurzeit keine gemeinsame Sitzung geben wird, lässt Jörn Hermening nach Diskussion im Fachausschuss darüber abstimmen, ob das gemeinsame Thema „Sachstand Tempo 30 Hastedter Osterdeich / Osterdeich“ mit den Beiräten Mitte / Östliche Vorstadt als Vorschlag zur Tagesordnung auf der Einladung zur Sitzung stehen soll.

Abstimmungsergebnis: Ablehnung (3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Zum Thema „Rad-Premiumroute Bereich Unterführung Hastedter Brückenstraße (Erdbeerbrücke)“ teilt Jörn Hermening mit, dass derzeit eine vom ASV in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie für diesen Bereich erarbeitet werde; im Herbst dieses Jahres sollen die Ergebnisse vorliegen. Erst nach Vorliegen dieser Studie könne es Gewissheit über den Verlauf auf der Hemelinger Seite geben.

dazu

Zur Info (Wiedervorlage)

Beschluss „Neugestaltung des Radwegs auf der Karl-Carstens-Brücke zwischen Hastedter Osterdeich und der Weser“ vom 15.12.2020:

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, den zurzeit in beiden Richtungen befahrenen Bereich des Radwegs auf der Karl-Carstens-Brücke zwischen Hastedter Osterdeich und der Weser unverzüglich verkehrssicher auszubauen.

Begründung:

Der Radweg ist eine äußerst wichtige und sehr stark befahrene Verbindung zwischen Hemelingen und Obervieland und damit von großer Bedeutung für den Radverkehr über die Weser.

Die vorhandene Breite des Fahrradwegs von ca. 2 Metern, bei sich begegnenden Radverkehr, entspricht nicht den gesetzlichen Vorgaben. Wenn sich Fahrräder mit Anhängern, mit Kinderanhängern, Behindertenräder und Liegefahrräder begegnen, ist aufgrund der zu geringen Breite die Kollisionsgefahr extrem erhöht. Mitunter nutzen auch Fußgänger diesen Weg und es kommt zu einer zusätzlichen Verknappung der vorhandenen Fläche auf dem Radweg.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)

Antwort des ASV zur Neugestaltung des Radwegs auf der Karl-Carstens-Brücke zwischen Hastedter Osterdeich und der Weser, die auf der Sitzung des FA „Bau, Klimaschutz und Mobilität“ am 09.03.2021 behandelt wurde: *den Beschluss des Fachausschusses Bau, Klima und Mobilität „...auf einen verkehrssicheren Ausbau des Radwegs auf der Karl-Carstens-Brücke zwischen Hastedter Osterdeich und der Weser“ vom 15.12.2020 haben wir geprüft und uns die Situation vor Ort angesehen.*

Aufgrund der Problematik der beengten Verkehrssituation in der Dammlage, sind an der aufgezeigten Stelle umfangreiche Planungs- und Umbaumaßnahmen erforderlich.

Eine Fußgängerführung über die Straße „Im Suhrfelde“ wurde von der Verkehrsbehörde negativ bewertet.

So bleibt nur eine bauliche Verbreiterung. Aufgrund der notwendigen Straßenbreite von min. 6,50 m könnten ggf. ca. 0,50 m an Breite für den Geh- und Radweg gewonnen werden. Dem steht eine teure Verlegung der Borde und der Rinne gegenüber, die die Situation nicht deutlich verbessern würde. Alternativ käme nur eine Verbreiterung des Damms in Frage. Ohne eine weitergehende Planung, unter Einfluss verschiedenster Faktoren, einschließlich verkehrsstrategischer Prüfungen ist keine endgültige Beurteilung über den Umfang der Maßnahmen möglich.

Die benötigten Mittel für Planung und Realisierung liegen geschätzt in einem 6 stelligen Bereich.

In der Haushaltsaufstellung 2020/21 sind für dieses Projekt keine Mittel und Kapazitäten vorgesehen worden.

Ihren Antrag leiten wir an SKUMS weiter und bitten ihn ggf. nach strategischer Prüfung in entsprechende Programme aufzunehmen und die Finanzierung zu sichern.

(Der Beirat Obervieland hat sich inzwischen der Forderung angeschlossen. Das Thema soll zusammen mit der geplanten Unterführung im Rahmen der Rad-Premiumroute wieder aufgegriffen werden.)

Nach kurzer Diskussion im Fachausschuss soll der vorgenannte Beschluss an die SKUMS weitergeleitet werden, damit die Forderungen in der beauftragten Machbarkeitsstudie berücksichtigt werden können.

Nach weiterer Diskussion im Fachausschuss soll das Thema „Aktueller Sachstand zur Umsetzung der Radpremiumroute im Stadtteil Hemelingen“ auf der Beiratssitzung am 03.02.2022 behandelt werden.

Zu TOP 2

Rückmeldungen des Senators für Inneres auf Beschlüsse des Beirates vom 02.12.2021 (siehe Anlage 1)

1. Übersicht über die Stadtteileinsätze des Ordnungsamtes
2. Feste Stadtteilzuordnung von Mitarbeiter:innen des Ordnungsamtes
3. Jour-Fixe auf Stadtteilebene mit Ordnungsamt und Polizei

Auf der Beiratssitzung am 03.02.2022 soll vorgeschlagen werden, dass die vorgenannten Themen in den FA „Inneres“ zur weiteren Behandlung verwiesen werden sollen.

Rückmeldungen des Senators für Inneres auf Beschlüsse des Beirates vom 02.12.2021 zur Besetzung von KOP-Stellen im Stadtteil (siehe Anlage 2)

Auf der Beiratssitzung am 03.02.2022 soll vorgeschlagen werden, dass das vorgenannte Thema in den FA „Inneres“ zur weiteren Behandlung verwiesen werden soll.

Rückmeldung der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport auf den Beschluss des Beirates vom 13.01.2022 zur Verlängerung des Grünen Dorfes:

...wir danken für die Zusendung des Beschlusses und die interessierte und unterstützende Diskussion. Wie besprochen werden wir eine Verlängerung für drei Jahre anstreben.

Rückmeldung der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport auf den Beschluss des Beirates vom 02.12.2021 zur Anpassung der Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit:

Frau Senatorin Stahmann, die den Beschluss des Beirats Hemelingen vom 02. Dezember 2021 mit großem Interesse gelesen hat, bat mich, Ihnen folgende Stellungnahme unseres Hauses zukommen zu lassen:

der gefasste Beschluss verdeutlichen die engagierte Debatte über die Förderung der offenen Jugendarbeit in Hemelingen. Das Arbeitsfeld der offenen Jugendarbeit wird stetig weiterentwickelt, hierzu steht das Fachreferat Kinder- und Jugendförderung kontinuierlich im Austausch mit dem Amt für Soziale Dienste und den freien Trägern der Jugendhilfe.

Die Weiterentwicklung der offenen Jugendarbeit ist regelmäßig Gegenstand der Sitzungen des Jugendhilfeausschusses und der Beratungen in der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB

VIII „Kinder- und Jugend-förderung“. Die strukturelle und qualitative Stärkung der Kinder- und Jugendförderung spiegelt sich auch in den Haushaltsbeschlüssen der letzten Jahre wieder.

Die den Stadtteilen für die offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden auf Grundlage der Haushaltsbeschlüsse des Haushaltsgesetzgebers gebildet und gemäß dem im Jugendhilfeausschuss vorgestellten und beschlossenen Schlüssel verteilt. Die Mittelverteilung für die Haushaltsjahre 2022/2023 wurde im Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 23.09.2021 beraten und beschlossen. Die Vorlage „Mittelverteilung für die stadtteilbezogene offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen in den Haushaltsjahren 2022/2023“ kann unter <https://www.amtfuersozaledienste.bremen.de/sitzungen/18-sitzung-des-jugendhilfeausschusses-23-09-2021-19754?asl=bremen218.c.13256.de> aufgerufen werden.

Mit dem Ziel die Förderung an der aktuellen Bevölkerungsverteilung und sozialen Lage der Zielgruppe auszurichten, wurde auch der Umsetzung eines Stufenplans zugestimmt. Für die stärker zu fördernden Stadtteile werden die errechneten Aufwüchse in vier Schritten umzusetzen. Es wurde auch empfohlen auf der Grundlage der Auswertung des Jugendberichts sowie aktueller Sozial- und Bevölkerungsdaten die Mittelverteilung neu zu bewerten und auszurichten. Dieser Diskurs wird im 4. Quartal 2022 beginnen.

Für eine anteilige Erhöhung, die dann gemäß dem Verteilungsschlüssel auch auf alle anderen Stadtteile zu übertragen wäre, stehen keine weiteren Haushaltsmittel zur Verfügung.

Für Ihr Engagement im Interesse der Kinder und Jugendlichen in Hemelingen bedanke ich mich.

Auf der Beiratssitzung am 03.02.2022 soll vorgeschlagen werden, dass das vorgenannte Thema in den FA „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ zur weiteren Behandlung verwiesen werden soll.

zu TOP 5:

Antrag der Fraktion Die Grünen

Missbräuchliche Nutzung von Spielplätzen verhindern

Der Beirat möge beschließen,

den Senat der Freien Hansestadt Bremen aufzufordern, die Kinder im Stadtteil durch ein Sicherheitskonzept für die Spielplätze im Stadtteil vor schädlichen Folgen von Vandalismus und Missbrauch zu widmungsfremden Zwecken zu schützen. Der Beirat sieht als geeignet insbesondere die folgenden Maßnahmen an, soweit diese noch nicht umgesetzt wurden:

- 1. Das Aufstellen von Alkohol- und Rauchverbotsschildern.*
- 2. Die Installation von Beleuchtungsmitteln an geeigneten Standorten.*
- 3. Eine engmaschigere Kontrolle auch nur fußläufig erreichbarer Spielplätze durch die Polizei, sowie das Ordnungsamt.*
- 4. Die Zusammenarbeit mit Organisationen aufsuchender Jugendarbeit in diesem Bereich.*
- 5. Die Schaffung von geeigneten alternativen Aufenthaltsbereichen für Personen der betreffenden Altersgruppen.*

Begründung:

Die öffentlichen und privaten Spielplätze im Stadtteil wurden in der Vergangenheit wiederholt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Verzehr alkoholischer Getränke und anderer Rauschmittel genutzt. Auch rauchen diese und die Eltern von dort spielenden Kindern vor Ort Zigaretten und Marihuana. Die hierbei übrigbleibenden Kippen und andere Überreste, wie beispielsweise Drogentütchen, stellen eine Gefahr insbesondere für Kinder dar, da diese solche zum Spielen verwenden und in den Mund nehmen. Auch kommt es aufgrund der Aktivitäten häufig zu Fällen von Vandalismus, wodurch zusätzliche Gefahrenquellen entstehen.

Das Auftreten dieser Probleme sollte durch präventive Maßnahmen verhindert und deren Auswirkungen möglichst regelmäßig beseitigt werden.

Rauch- und Alkoholverbotsschilder können hier zumindest teilweise abschreckend wirken, wie auch die gelegentliche Präsenz der Polizei. Insbesondere sieht der Beirat es für hilfreich an, durch Lichtquellen eine höhere Sichtbarkeit in den Abendstunden und eine dadurch ermöglichte gesteigerte soziale Kontrolle zu ermöglichen, welche ein gewisses Unsicherheitsgefühl bei den Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen und damit eine Abschreckung hervorzurufen vermag. Bei Auswahl der Beleuchtungsmittel und der Dauer von deren Aktivität ist Rücksicht auf die Belange von Tieren, sowie auf die Gesundheit der Anwohner zu nehmen.

Entsprechend der Tradition der kooperativen Zusammenarbeit im Stadtteil ist es wünschenswert, dass auch im Wege aufsuchender Jugendarbeit auf die Verursacher zugegangen wird und diesen alternative Aufenthaltsmöglichkeiten geboten werden.

Der Antrag soll in den Fraktionen noch beraten werden.

Zu TOP 6:

Beschlussvorschläge

Der Beirat Hemelingen schließt die Flächen um den Hemelinger See für die Veranstaltung von Freiluftpartys aufgrund der am Hemelinger Sand genehmigte Veranstaltung „Die Komplette Palette“ für das Jahr 2022 aus.

Beirat Osterholz zu Impftrucks

Der Beirat Osterholz möge beschließen:

Die „4. Welle“ muss gebrochen werden – die Risiken der neuen Omikron-Variante sind nicht einzuschätzen!

Das Angebot der Impftrucks muss aufrechterhalten werden!

Der Beirat Osterholz fordert deshalb Bürgerschaft und Senat auf, sich dafür einzusetzen, bzw. zu beschließen, dass den Menschen vor Ort in den Stadtteilen auch weiterhin über die Wintermonate ein Impfangebot gemacht wird. Natürlich muss in jedem Fall auf die aktuelle Wettersituation Rücksicht genommen werden.

Die Erfahrung hat doch gezeigt, dass viele Menschen spontan vom Angebot der Impftrucks Gebrauch machen, einen Weg ins Impfzentrum jedoch aus verschiedenen Gründen bisher nicht angenommen haben. Die Unentschlossenen und die Unsicheren, denen das Verfahren nicht überschaubar scheint müssen erreicht werden!

Der Senat hat die Aufnahme der mobilen Impfangebote mittlerweile wieder initiiert. Das Ortsamt wird zeitnah einen aktualisierten Beschluss an den Beirat für die Beratung in den Fraktionen senden.

Globalmittelvergabe

Für die nachfolgenden Anträge sind vom FA „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ auf der Sitzung am 24.01.2022 die nachfolgenden Empfehlungen für die Sitzung des Beirates am 03.02.2022 ausgesprochen worden:

01-060/2022, Bürgerhaus Hemelingen e. V., Stadtteilstadt Hemelinger Markt am 11.06.2022, Gesamtsumme 10.500,00 €, Antragssumme 1.250,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 1.250,00 €

02-060/2022, Bürgerhaus Hemelingen e. V., Hemelinger Lichterfest -Feuershow meets Beats am 02.10.2022, Gesamtsumme 12.100,00 €, Antragssumme 1.500,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 1.500,00 €

03-060/2022, Bürgerhaus Hemelingen e. V., Freiwilligentag am 26.03.2022, Gesamtsumme 1.000,00 €, Antragssumme 1.000,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 800,00 €

04-060/2022, Bürgerhaus Hemelingen e. V., Bastelprogramm u. Projekte 2022, Gesamtsumme 3.000,00 €, Antragssumme 1.500,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 1.500,00 €

09-060/2022, Schulverein Alter Postweg e. V., Schulfrühstück an der Schule am Alten Postweg, Gesamtsumme 4.600,00 €, Antragssumme 500,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 500,00 €

13-060/2022 Bürgerhaus Hemelingen e. V., Besuch aus Tamra vom 15.-19.05.2022, Gesamtsumme 1.820,00 €, Antragssumme 910,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 910,00 €

14-060/2022, Schule 21 e. V., Sitzbänke für Freiluftveranstaltungen, Gesamtsumme 1.999,40 €, Antragssumme 1.800,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 1.600,00 €

15-060/2022, Christa Wilke, Ortsteilfest in Sebaldsbrück am 18.06.2022, Gesamtsumme 2.300,00 €, Antragssumme 1.300,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 1.250,00 €

17-060/2022, Freizeitstätte Arberger Sommerbad - Rottkuhle e.V., Leinen und Doppelstabmatten, Gesamtsumme 2.998,00 €, Antragssumme 2.698,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 2.698,00 €

19-060/2022, Stadtteilmarketing Hemelingen e. V., HEVIE (Stromversorgung), Gesamtsumme 2.500,00 €, Antragssumme 1.250,00 €
Empfehlung des Fachausschusses 1.250,00 €

21-060/2022, Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Bremen-Mahndorf e. V., Anschaffung von 2 Feuerwehrübungspuppen, Gesamtsumme 1.073,38 €, Antragssumme 1.073,38 €
Empfehlung des Fachausschusses: 950,00 €

24-060/2022, KAG - Kommunalpolitische Arbeitsgemeinschaft Arbergen, Fest der Vereine am 03.07.2022, Gesamtsumme 2.550,00 €, Antragssumme 1.250,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 1.250,00 €

26-060/2022, Mahndorfer Deichpiraten e. V., Ferienprogramm in den Oster-/ Sommer- / Herbstferien, Gesamtsumme 3.700,00 €, Antragssumme 2.000,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 2.000,00 €

27-060/2022, Mahndorfer Deichpiraten e. V., Frühlingsfest/Eröffnungsfest - Spielplatz Hexenstieg, Gesamtsumme 950,00 €, Antragssumme 850,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 850,00 €

28-060/2022, Mahndorfer Deichpiraten e. V., Herbstfest / Abschlussfest - Spielplatz Hexenstieg, Gesamtsumme 950,00 €, Antragssumme 850,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 850,00 €

31-060/2022, Bürgerhaus Mahndorf e. V., Feststallanlagen für zwei Brandschutztüren, Gesamtsumme 2.347,00 €, Antragssumme 2.100,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 1.877,60 €

32-060/2022, Bürgerhaus Mahndorf e. V., Ergänzung u. Digitalisierung der Bühnentechnik Gesamtsumme 1.657,00 €, Antragssumme 1.500,00 €

Empfehlung des Fachausschusses: 1.325,60 €

35-060/2022, Ortsamt Hemelingen, Auftakt zur Freimalfläche Hannoversche Straße,
Gesamtsumme 5.160,00 €, Antragssumme 5.160,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 5.160,00 €

36-060/2022, weitere Beiratsprojekte, Gesamtsumme 5.000,00 €, daraus Gedenktafel für
den Osterholzer Friedhof 2.500,00 €
Empfehlung des Fachausschusses: 2.500,00 €

(Insgesamt wurden Empfehlungen i. H. v. 30.021,20 € ausgesprochen)

12-060/2022, Bremer Sportclub e. V., Umstellen der Heizung Umkleiden Fußball auf Gas,
Gesamtsumme 26.154,45 €, Antragssumme 13.017,22 €

Jörn Hermening teilt mit, dass auf der Sitzung des Fachausschusses „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ am 24.01.2021 besprochen wurde, dass bei Ortstermin des Fachausschuss „Sport“ am 25.01.2022 mit Dirk Schroeder (Geschäftsführer des Bremer Sportclubs, BSC) zur Besichtigung des Außengeländes und der Gebäude am Jakobsberg der Antrag Nr.12-060/2022 behandelt werden sollte, da es Nachfragen zum Thema Klimaneutralität gegeben hat. Timo Nobis (Fachausschussmitglied „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“) hatte mitgeteilt, dass er auf der Sitzung Sezer Öncü im Fachausschuss „Sport“ vertreten wird, auch in seiner Fraktion das Thema Klimaneutralität angesprochen wurde, er die Anregungen / Fragen aus dem Fachausschuss mitnehmen und vortragen wollte. Der Fachausschuss „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ war mit folgender Vorgehensweise einverstanden: die Mitglieder des Fachausschusses „Sport“ sollten sich auch auf der Sitzung am 25.01.2022 den Antrag des BSC vorstellen lassen und auf der Sitzung des Geschäftsführungsausschusses am 26.01.2022 ihre Empfehlung vortragen.

Heinz Hoffhenke berichtet, dass von Dirk Schroeder zur Begründung der Umstellung von Öl auf Gas vorgetragen wurde, das der Gebäudekomplex Eissportstadion bisher durch eine Ölheizung mit Wärme und Warmwasser versorgt wurde. Mit dem nun anstehenden Abriss des größeren Teils der Gebäude ist diese Heizung für den verbleibenden Teil (Sanitäreanlagen Fußball sowie Dartraum) überdimensioniert. Sie wird daher sowohl höhere Kosten wie auch vermeidbare Co²-Emissionen verursachen. Für die Beheizung / Wärmeversorgung der Mobilbauten der Grundschule Alter Postweg hat Immobilien Bremen die Verlegung einer Gasleitung geplant bzw. bereits beauftragt. Von dieser Maßnahme könnte der Verein kostengünstig partizipieren, weil anstelle einer eigenen Zuleitung evtl. lediglich ein Abzweig von der o. g. Gasleitung erforderlich sein kann. Die Fachausschussmitglieder empfehlen grundsätzlich dem Beirat die Annahme des Antrages, haben auf der gestrigen Sitzung aber darauf hingewiesen, dass über die Höhe des Zuschusses aufgrund der Vielzahl der an den Beirat gestellten Anträgen noch nicht vom Fachausschuss „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ (nächste Sitzung soll am 21.03.2022 stattfinden) abschließend beraten wurde.

Nach kurzer Diskussion im Fachausschuss soll im Beirat zunächst darüber abgestimmt werden, ob der Antrag behandelt werden soll. Falls der Beirat der Behandlung zustimmt, soll eine Abstimmung in der Sache erfolgen.

TOP 3 Vorbereitung der Beiratssitzung am 10.03.2022

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung 03.02.2022 sowie Rückmeldungen
TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten
TOP 3: Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau
TOP 4: Katastrophenschutz im Stadtteil Hemelingen
dazu eingeladen: Karl-Heinz Knorr (Senator für Inneres)
TOP 5: Aktueller Sachstand zur Umsetzung des Ganztagsausbaus an der Grundschule
Glockenstraße
dazu angefragt: Senatorin für Kinder und Bildung
TOP 6: Aktueller Sachstand zur Nutzung der Villa im Schloßpark
dazu angefragt: Immobilien Bremen
TOP 7: Beiratsverschiedenes

Zu TOP 4:

Katastrophenschutz im Stadtteil Hemelingen

Die inhaltliche Befassung / Vorbereitung soll auf der Sitzung des FA „Inneres“ am 07.02.2022 erfolgen.

zu TOP 5:

Wie sehen die Planungen aus? Standort der Mensa, Neubau für Differenzierungsräume, Umbau im Bestand (entsprechend der Ergebnisse Phase 0)

Zeitplan der Ausschreibungen, Umsetzung und Beginn des gebundenen Ganztags

Absicherung der Nachmittagsbetreuung bis zum Start des gebundenen Ganztags

zu TOP 6: im Namen der SPD Fraktion (>25% aller Beiratsmitglieder) beantrage ich einen Bericht über den Sachstand zur Villa im Schloßpark. *Die Villa soll für „kleines Geld“ an Menschen vergeben worden sein die im Gegenzug „auf das Haus aufpassen“ und das dann auch noch als Zwischennutzung. Für solche Zwecke haben wir aber die ZZZ. Warum wurde die ZZZ nicht beteiligt? Warum taucht der Leerstand der Villa nicht im offiziellen Leerstandsbericht von IB auf? Wie sind die weiteren Pläne von IB zur Nutzung des Gebäudes?*

Außerdem wird beantragt, das Thema auf die Tagesordnung des Beirates Hemelingen am 3. März 2022 zu setzen.

Weitere Fragestellung aus der Sitzung: Ist eine solche Nutzung mit den Mieterschutz-Vorstellungen der Stadt Bremen vertretbar?

TOP 4 Vorgemerkte Themen für künftige Beiratsbefassungen

- „Vorstellung der Bremen Greeter“ Das Thema soll bei einer Präsenzsitzung des Beirates wieder auf die Tagesordnung aufgenommen werden.

- - Obdachlosigkeit / prekäre Wohnungsverhältnisse (auch im Themenspeicher des FA „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ ggf. mit dem FA „Bau, Klimaschutz und Mobilität“ zusammen)

- Tempo 30 Hastedter Osterdeich/Osterdeich Gemeinsame Sitzung der Beiräte Hemelingen, Mitte und Östliche Vorstadt (21.04.2022)

Weitere Termine

31.01.2022 Informationsveranstaltung Stadtteilbudget

Das Referat 30 – Grünordnung (SKUMS) und der Umweltbetrieb Bremen laden Sie herzlich zu einer neuen Informationsveranstaltung ein.

Diesmal möchten wir die Vorschläge zu den veranschlagten Budgets zur Pflege der öffentlichen Grünanlagen in Ihren Stadtteilen erörtern.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme und einen konstruktiven Austausch.

Termin: 31. Januar 2022

17:00-19:00 Uhr

Per Videokonferenz

Die Zugangsdaten schicken wir Ihnen kurz vor der Veranstaltung zu.

Bitte melden Sie sich unter folgender E-Mail Adresse an:

office@ubbbremen.de, Betreff „Anmeldung Stadtteilbudgets“

dazu

Stadtteilbudgets für die Pflege der öffentlichen Grünanlagen 2022 und 2023

Mitteilung der SKUMS: .. hiermit übersende ich Ihnen für Ihren Stadtteil meine Vorschläge (Anlagen 3 bis 5) zur Einteilung der öffentlichen Grünanlagen in Pflegestufen mit den veranschlagten Budgets.

Monetäre Grundlage dafür sind die im Doppelhaushalt 2022 und 2023 zur Verfügung stehenden Budgets. Der Aufbau der übersandten Anlagen und Informationen hat sich gegenüber den Schreiben der Vorjahre nicht verändert. Das Budget geht zu 100% an den Umweltbetrieb Bremen. Freie Mittel zur Vergabe sind nicht vorhanden. Mit der vorgelegten Budgetverteilung soll erreicht werden, dass die Qualitäten in den vorhandenen Grünanlagen in den nächsten zwei Jahren im Grundsatz so erhalten bleiben wie bisher.

Gemäß § 10 (2) Nr. 3 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vom 2. Februar 2010, zuletzt geändert durch Ortsgesetz vom 02.02.2021, entscheidet der Beirat im Einvernehmen mit der zuständigen Stelle u.a. über Planungen für den Mitteleinsatz zur Unterhaltung von stadtteilbezogenen Grün- und Parkanlagen einschließlich der darin befindlichen Wege und Plätze **mit Ausnahme von Maßnahmen zur Verkehrssicherung**.

Wie auch in den vergangenen Jahren müssen die vorhandenen Gelder fast ausschließlich für die Verkehrssicherung verwendet werden.

Der Umweltbetrieb Bremen hat daher von mir im Januar 2022 den generellen Jahresauftrag für die Jahre 2022 und 2023 erhalten.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass gegenüber den Vorjahren keine Änderungen der Pflegestufen und deren Inhalte vorgesehen sind. Kleinteilige Änderungen können sich bei den Flächenzuschnitten ergeben, da die digitalen Grundlagen des Umweltbetriebs Bremen z. B. aufgrund von Grundstücksklärungen regelmäßig aktualisiert werden. Ferner sind einige Grünanlagen zur einfacheren Abrechnung auf bestimmte Kostenträger zusammengelegt worden. Dadurch hat sich die Anzahl der Grünanlagen in einigen Ortsteilen in den Tabellen reduziert. Diese Änderungen haben jedoch in der Örtlichkeit keine Auswirkungen.

Zur weitergehenden Erläuterung der Stadtteilbudgets werde ich - wie bereits im Rahmen der Informationsveranstaltung für Beiräte und Ortsämter „Strategien zur Entwicklung des städtischen Grüns und der städtischen Freiräume - Handlungskonzept Stadtbäume“ am 4. November 2021 erfolgreich praktiziert - alle Ortsämter/Beiräte zu einer gemeinsamen Online-Konferenz einladen. Dort erhalten Sie auch die Möglichkeit, offene Fragen zu klären. Die Einladung wird Ihnen in Kürze zugehen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zur vorgelegten Mittelplanung.

Die Stellungnahme soll nach dem Termin auf der Sitzung des FA „Umwelt, Lärm und Gesundheit“ am 14.03.2022 abgegeben werden.

02.02.2022 Sitzung des GFA : Der Termin entfällt!

TOP 5 Verschiedenes

Aktueller Sachstand GS Alter Postweg

Jörn Hermening teilt mit, dass die bauliche Umsetzung im Zeitplan ist. Es wird von der Senatorin für Kinder und Bildung noch einmal zu einer „kleinen Phase-Null“ eingeladen; an der Sitzung werden Uwe Jahn und er teilnehmen.

Den aktuellen baulichen Zustand des Interimsstandortes am Jakobsberg haben die Mitglieder des FA „Sport“ auf ihrer gestrigen Sitzung vor Ort in Augenschein nehmen können.

Teilweise Aufhebung des Landschaftsschutzes zur Realisierung der Ziele aus dem Bebauungsplan

Mitteilung der SKUMS: *anbei übersende ich Ihnen mein Anschreiben (Anlagen 6 und 7) in Sachen teilweise Aufhebung des Landschaftsschutzes zur Realisierung der Ziele aus dem Bebauungsplan 2516 mit der Bitte um Zuleitung an den Beirat.*

Verweis in den FA „Umwelt, Lärm und Gesundheit“

Konzept für die Entwicklung auf der Brache an der Diedrich-Wilkens-Straße vom 07.09.2021¹

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) hat am 18.01.2022 mitgeteilt, dass der Entwurf für das Konzept vorliegt, z.Zt. intern abgestimmt wird und bittet um Fristverlängerung vorsorglich bis zum 31.01.2022.

Nach kurzer Diskussion im Fachausschuss kommen die Mitglieder überein, der beantragten Fristverlängerung zuzustimmen.

Beschlusses des Fachausschusses „Stadtteilentwicklung und Wirtschaft“ des Beirats Hemelingen vom 13.12.2021 „Überarbeitung des B-Plans 2296“

Die (SKUMS) hat am 18.01.2022 mitgeteilt, dass *aufgrund der Weihnachtsferien die behördeninterne Abstimmung zur Umsetzung des Beschlusses des Fachausschusses „Stadtteilentwicklung und Wirtschaft“ des Beirats Hemelingen vom 13.12.2021 erst Anfang Januar hat beginnen können. Daher bitte ich Sie um eine Fristverlängerung für die Bearbeitung der Stellungnahme um 4 Wochen. Für Ihr Verständnis bedanke ich mich im Voraus.*

Nach kurzer Diskussion im Fachausschuss kommen die Mitglieder überein, der beantragten Fristverlängerung zuzustimmen.

(die nächste Sitzung des FA „Stadtteilentwicklung und Wirtschaft“ soll am 28.02.2022 stattfinden)

Beschluss des FA „Bau, Klimaschutz und Mobilität“ vom 07.12.2021 „Erstellung eines Entwurfes und einer Kostenaufstellung für den Bau einer Boulebahn auf dem Arberger Dorfplatz

Antwort der SKUMS:

Sie haben mir den o.g. Beschluss vom 07.12.2021 übermittelt:

Darin fordert der Beirat Hemelingen den Umweltbetrieb Bremen auf, einen Entwurf und eine Kostenaufstellung für den Bau einer Boulebahn auf dem Arberger Dorfplatz zu erstellen sowie Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen (evtl. aus dem Bremen Fonds).

¹ Der Beirat Hemelingen erwartet zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens aber bis Ende September, ein Ergebnis der in der Deputationsvorlage zum Tamra-Hemelingen Park genannten Prüfung (*Zurzeit wird geprüft, ob das finanzielle Engagement mit der Verwaltungsvorschrift über die Annahme und Verwendung von Beiträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) vereinbar ist.*)

Dazu nehme ich wie folgt Stellung:

Der Arberger Dorfplatz ist keine öffentliche Grünfläche, sondern eine öffentliche Verkehrsfläche im Kreuzungsbereich Colshornstraße, Heisiusstraße und Im Stumpf. Die Zuständigkeit für eine Umsetzung liegt daher nicht bei SKUMS Grünordnung bzw. UBB, sondern beim Amt für Straßen und Verkehr. UBB führt lediglich die Grünpflege im Auftrag des ASV durch.

Die Mittel aus dem Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Pandemie standen ausschließlich nur für die öffentlichen Grünanlagen und auch nur für das Kalenderjahr 2021 zur Verfügung. Die Mittel sind mittlerweile verausgabt.

Eine Finanzierung der Boulebahn müsste daher über das ASV organisiert werden, ggf. aus dem Stadtteilbudget. Eine Beauftragung des UBB für die gewünschten Leistungen (Entwurf und Kostenaufstellung) müsste über das ASV erfolgen.

Ich weise aber jetzt bereits daraufhin, dass ich die Errichtung einer Boulebahn (zumindest in dem Standard wassergebundene Decke mit den erforderlichen Tiefbauarbeiten) an dieser Stelle wegen des vorhandenen Altbaumbestandes als kritisch einschätze. Hier müsste vor der Aufnahme einer konkreten Planung zunächst die Situation des Baumbestandes einschl. der Wurzelbildung sowie möglicher Auswirkungen einer Tiefbaumaßnahme untersucht werden.

Außerdem weise ich darauf hin, dass der UBB die anschließende Unterhaltung des Bouleplatzes nicht im Rahmen des ASV-Jahresauftrages leisten kann, da diese Beauftragung nicht kostendeckend ist.

Die Pflege des Bouleplatzes müsste dann von den Nutzern ggf. über einen Nutzungsvertrag selbst übernommen werden.

Der Umweltbetrieb Bremen erhält eine Kopie dieses Schreibens.

(die Antwort ist am 19.01.2022 - einen Tag nach der Sitzung des FA „Bau, Klimaschutz und Mobilität“ eingegangen, die nächste Sitzung soll am 08.02.2022 stattfinden)

Die Antwort des SKUMS soll auf der Sitzung am 08.02.2022 behandelt werden.

Beschluss des FA „Bau, Klimaschutz und Mobilität vom 18.01.2022

Zum Prüfauftrag an das ASV aus der Planungskonferenz „Gesamtkonzept für ein Gebiet zwischen Klüvenhagener Straße, Mahndorfer Heerstraße und Bollener Landstraße“ vom 21.04.2021 waren bis zum 18.01.2022 keine Rückmeldungen erfolgt. Das Ortsamt hatte mehrfach an die Rückmeldung erinnert. Am 18.01.2022 ist der nachfolgende Beschluss gefasst worden.

Der Beirat verlängert die Rückmeldefrist letztmalig bis zum 07.02.2022 und erwartet bis dahin die Beantwortung aller Beschlüsse aus der Planungskonferenz Mahndorf sowie eine Mitteilung dazu, in welcher Deputationssitzung die Beschlüsse zur Kenntnis genommen worden sind. Der Beirat erwartet zukünftig die Beantragung einer Fristverlängerung vor Ablauf der Frist, wenn die im BeirOG vorgegebene Antwortfrist nicht eingehalten werden kann.

Tel. Mitteilung vom ASV am 20.01.2022: Die Beschlüsse werden jetzt zügig abgearbeitet. Für die späte Rückmeldung wird sich entschuldigt.

Nach kurzer Diskussion im Fachausschuss kommen die Mitglieder überein, dass die Antworten des Ressorts / des ASV auf der Sitzung des FA „Bau, Klimaschutz und Mobilität“ am 08.02.2022 ausgewertet und das weitere Verfahren bei Nichtvorlage besprochen werden soll.

FA „Bau, Klimaschutz und Mobilität Prüfaufträge an das ASV vom 09.11.2021

das ASV wurde aufgefordert,

1. aufgrund der häufigen Befahrung des Bürgersteigs mit PKW in der Feuerkuhle einen besseren Schutz für aus Verkehrssicherheitsgründen und Befahrbarkeit der Feuerkuhle zu prüfen, ob in Kurvenbereichen (z. B. Einmündungsbereich Dölvestraße) eine Schraffierung erfolgen könnte Fußgänger:innen zu prüfen. Dazu wäre ggfs. die Überarbeitung des versetzten Parkens oder die Aufstellung von Pollern eine Möglichkeit.
2. aus Verkehrssicherheitsgründen und Befahrbarkeit der Feuerkuhle zu prüfen, ob in Kurvenbereichen (z. B. Einmündungsbereich Dölvestraße) eine Schraffierung erfolgen könnte,

Mitteilung des ASV vom 25.01.2022:*die Beantwortung verzögert sich weiter, da noch eine Rückmeldung der Feuerwehr aussteht.*

Nach kurzer Diskussion im Fachausschuss kommen die Mitglieder überein, die Fristverlängerung zu gewähren. Sobald die Rückmeldung der Feuerwehr vorliegt, erwartet der Fachausschuss eine Antwort auf die Prüfaufträge.

Beschluss des FA „Bau, Klimaschutz und Mobilität“ vom 18.01.2022

- *Der Beirat fordert die unverzügliche Beantwortung des Beschlusses vom 08.06.2021. Der Beirat behält sich den Verwaltungsgerichtsweg in dieser Angelegenheit vor.*

Heutige Antwort der SKUMS: ..

auch aus unserer Sicht sind die Zustände in der Grünanlage an der Saarburger Straße untragbar und es besteht Handlungsbedarf. Wir haben intern mehrere Lösungsansätze mit verschiedenen Fachabteilungen diskutiert und stimmen diese aktuell noch einmal untereinander ab. Ziel ist es, eine tragfähige und vor allem nachhaltige Perspektive für die Grünanlage aufzuzeigen, die sich dann auch praktisch umsetzen lässt. Das Thema ist bekanntermaßen durch die etwas ungewöhnliche Eigentümerkonstellation komplex. Wir beabsichtigen, den Beiratsbeschluss im März diesen Jahres zu beantworten. Für die Verzögerungen bitten wir um Verständnis.

(Die nächste Sitzung des FA „Bau, Klimaschutz und Mobilität“ soll am 08.02.2022 stattfinden)
Nach kurzer Diskussion im Fachausschuss kommen die Mitglieder überein, das Verwaltungsgericht zunächst nicht anzurufen.

Das Thema „Grünanlage an der Saarburger Straße“ soll als Tagesordnungspunkt auf der Sitzung des FA „Bau, Klimaschutz und Mobilität“ am 01.03.2022 stehen

Standort für ein Testzentrum

Mitteilung des Sportamtes:

anbei die Informationen des Testzentrums Betreiber (Anlage 8 Skizze), welcher Interesse an dem Parkplatz der BSA Hemelingen geäußert hat, mit der Bitte um Aufnahme in ihre Beiratssitzung nächste Woche.

Stellungnahme des Fachausschusses: Das Thema soll auf der Beiratssitzung am 03.02.2022 behandelt werden. Der Beirat soll auf der Sitzung eine Stellungnahme abgeben.

Hundefreilauffläche als Zwischennutzung am Standort „alter Sportplatz Ellernstraße“

Vorschlag einer Bürgerin: Das Gelände am Standort „alter Sportplatz Ellenstraße“ (schon eingezäunt) könnte zur Zwischennutzung als Hundefreilauffläche dienen bis der Bau von Kita-Containern bzw. Kita-Neubau beginnen soll (noch nicht terminiert).

Der Fachausschuss nimmt Kenntnis. Das Ortsamt wird bei SKUMS nachfragen, ob dieses Gelände für eine solche Zwischennutzung geeignet ist.

Bericht von Uwe Jahn aus der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Bübei) vom 18.01.2022

1. Arbeit der Bürgerinitiative Rennbahn: Von einem Mitglied der Bürgerinitiative Rennbahn wurde anhand einer Präsentation ein Vortrag über die Nutzung des Rennbahngeländes gehalten.

Ralf Bohr verweist in diesem Zusammenhang auf die heutige Pressemitteilung des Senators für Inneres².

2. Informationsrechte der Beiräte über das Beiratsgebiet betreffende Leistungsverträge (VL 20/5386) -(wurde am 19.01.2022 an Beirat und Fachausschussmitglieder gesendet)

Ein Auskunftsbegehren des Beirats über das Beiratsgebiet betreffende Leistungsverträge kann durch eine entsprechende Anfrage an die zuständige Stelle gemäß § 7 Absatz 1 Nr. 1 des Beiräteortsgesetzes (BeirOG) geltend gemacht werden.

Voraussetzung hierfür ist, dass der Antrag von mindestens einem Viertel der gesetzlichen Beiratsmitglieder unterstützt wird. Des Weiteren muss das Auskunftsbegehren ein oder mehrere Sachthemen mit Bezug auf den Beiratsbereich enthalten.

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, hat das Ortsamt die Anfrage unverändert und unmittelbar an die fachlich zuständige Behörde weiterzuleiten. Die zuständige Behörde ist zur Auskunft verpflichtet. Die Frist hierfür beträgt einen Monat; falls dies nicht ausreichen sollte, kann die Frist im Einvernehmen mit dem Beirat verlängert werden.

Das Auskunftsrecht der Beiräte findet allerdings seine Grenzen in § 7 Absatz 2 BeirOG dort, wo beispielsweise gesetzliche Vorschriften, schutzwürdige Belange Dritter oder zwingende öffentliche Belange entgegenstehen. Wenn Belange Dritter betroffen sind, was bei Leistungsverträgen durchaus möglich ist, gilt § 8 Absatz 1 des Bremer

² Die Bremer Innenbehörde hat heute den Rennverein unterrichtet, dass am Karfreitag kein Pferderennen wie vom Rennverein geplant stattfinden wird. Diese Entscheidung wurde nach der heutigen Erörterung mit den anderen Senatsmitgliedern getroffen. Es bestand Konsens, dass aufgrund der eindeutigen Rechtslage keine Ausnahmegenehmigung erteilt werden kann. Der Karfreitag ist als sogenannter "stiller Feiertag" vom Gesetzgeber besonders geschützt. Von 6 bis 21 Uhr dürfen keine sportlichen oder ähnlichen Veranstaltungen gewerblicher Art stattfinden. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Begründung. Bis 2018 war der Renntag an Karfreitag unter Bezug auf die "Traditionsveranstaltung" genehmigt gewesen. Inzwischen sei das Rennen aber seit drei Jahren nicht mehr veranstaltet worden und werde es auch zukünftig nicht mehr geben. Damit entfalle das Argument der "Traditionspflege" am Karfreitag, so Mäurer. Das Innenressort hat heute mit dem Präsidenten des Bremer Rennvereins, Frank Lenk, Kontakt aufgenommen und eine mögliche Verlegung des Rennens thematisiert. Der Rennverein erklärte gegenüber dem Innenressort, das Pferderennen einen Tag später am Ostersonntag veranstalten zu wollen.

Zur Erläuterung:

Gemäß Paragraph 6 b des Bremischen Gesetzes über die Sonn-, Gedenk- und Feiertage (SaBremR.113-c-1) sind unter anderem am Karfreitag sportliche, turnerische und ähnliche Veranstaltungen gewerblicher Art untersagt.

Gemäß Paragraph 7 dieses Gesetzes ist unter anderem am Karfreitag der Betrieb von Annahmestellen, Verkaufsstellen von Lotterien, Wettvermittlungsstellen, Buchmacherörtlichkeiten, Spielhallen und Spielbanken verboten.

Gemäß Paragraph 11 dieses Gesetzes kann der Senator für Inneres im Einzelfall von den in diesem Gesetz vorgesehenen Beschränkungen und Verboten aus wichtigen Gründen Befreiung erteilen.

Informationsfreiheitsgesetzes (BremIFG), was bedeutet, dass die Behörde dem Dritten, dessen Belange durch den Antrag auf berührt sind, schriftlich Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb eines Monats geben muss, sofern Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass er ein schutzwürdiges Interesse am Ausschluss des Informationszugangs haben kann. Falls dem Auskunftsbegehren nicht entsprochen werden sollte, hat die fachlich zuständige Behörde die Informationsversagung zu begründen.

Möglich ist auch, dass sich die Beiräte im Wege einer Akteneinsicht über den Inhalt bestehender Leistungsverträge informieren. Das Akteneinsichtsrecht soll den Beirat in die Lage versetzen, sich über die Angelegenheiten zu informieren, zu denen er Stellung nehmen bzw. Beschlüsse fassen soll (OVG Bremen, Urteil v. 29.08.1995, Az.: 1 BA 6/95). Gemäß § 31 Absatz 1 Satz 2 BeirOG muss die zuständige Stelle dem Ortsamt die für eine Stellungnahme des Beirates erforderlichen Akten überlassen. § 7 Absatz 3 BeirOG regelt die Modalitäten der Akteneinsichtnahme: Auf Antrag eines Viertels der gesetzlichen Beiratsmitglieder nimmt die Sprecherin oder der Sprecher oder die Stellvertreterin oder der Stellvertreter Einsicht in die beim Ortsamt befindlichen Akten. Zusätzlich kann noch ein von den Antragstellern benanntes Mitglied des Beirates hinzugezogen werden.

Die Überlassung der Akten an das Ortsamt kann durch die fachlich zuständige Behörde nicht mit dem Argument abgelehnt werden, man habe den Beirat schon auf andere Weise informiert (siehe OVG Bremen aaO.), da es sich bei dem Akteneinsichtsrecht um ein eigenständiges Recht handelt, welches ggf. sogar im Wege einer Leistungsklage vor dem Verwaltungsgericht erstritten werden kann.

Die Grenzen des Akteneinsichtsrechts sind über den Verweis in § 31 Absatz 1 Satz 3 BeirOG auf § 7 Absatz 2 BeirOG dieselben wie beim oben beschriebenen Auskunftsbegehren (gesetzliche Vorschriften, schutzwürdige Belange Betroffener, zwingende öffentliche Belange).

Es besteht kein Einsichtsrecht in Akten zu Sachverhalten, bezüglich derer dem Beirat keine Beteiligungsrechte zustehen, z.B. Akten von Landesbehörden.

Bei Meinungsverschiedenheiten über das Recht auf Akteneinsicht entscheidet die Aufsichtsbehörde (Senatskanzlei); § 7 Absatz 3 Satz 4 BeirOG.

Beschlussempfehlung

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadt) nimmt die Ausführungen der Senatskanzlei zu den Informationsrechten der Beiräte zur Kenntnis.

3. Sachstandsbericht zur aktuellen Lage der Jugendbeiräte / Jugendforen in der Stadtgemeinde Bremen

Im Haushaltsjahr 2021 gab es in der Stadtgemeinde Bremen 6 Jugendbeiräte, sowie drei Jugendforen. In Hemelingen, Horn-Lehe, Huchting und Oberneuland wurden 2021 Neuwahlen durchgeführt. Der Jugendbeirat Burglesum wird im ersten Halbjahr 2022 neu gewählt. Erstmals konnte ab Jahrgangsstufe 7 im Kurs „Jugendbeteiligung im Stadtteil“ über die Lernplattform itslearning die Wahl digital beworben werden, sowie die Kandidatur hierfür erfolgen. Trotz der coronabedingten Einschränkungen haben gesamtstädtisch zwei Fachtage der Jugendbeiräte (Vernetzung und Planung), sowie ein Expertengespräch aller Jugendbeiräte / Jugendforen zur Vorbereitung des 2. Kinder-Coronagipfels stattgefunden in dem Stellungnahmen und Forderungen zu den Auswirkungen der Coronazeit und den Coronamaßnahmen für Kinder- und Jugendliche erörtert wurden. Diese Ergebnisse wurden von 2 Vertreter*innen der Jugendbeiräte / Jugendforen auf dem 2. Kinder-Coronagipfel am 01.10.21 vorgestellt. Auf stadtebene haben kleinere Projekte stattgefunden. Die Jugendglobalmittel 2021 wurden u.a. für eine Graffitiwand, Öffentlichkeitsarbeit, Broschüren, Stromkastenbemalungen, Sportbox etc. verwendet.

Schließung der Apotheke in Sebaldsbrück

Die Apotheke - Vahrer Straße - in der Vahrer Str. 197, 28329 Bremen schließt zum 01.04.2022.

Verweis in den FA „Stadtteilentwicklung und Wirtschaft“.

Aus dem Fachausschuss

Uwe Janko teilt mit, dass sich die Mitglieder der Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) auf ihrer Sitzung am 25.01.2022 u. a. mit dem Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und DIE LINKE vom 23.11.2021 „Mit Bürger:innenforen die Bürgerbeteiligung in Bremen stärken!“ befasst haben. Er habe der Debatte entnommen, dass sog. Bürgerräte eingerichtet werden sollen und bittet um Mitteilung, ob auch der Stadtteil Hemelingen davon betroffen sei.

Das Ortsamt wird Rückmeldung geben.

gez. Hermening
Sitzungsleitung

gez. Schober
Sprecher

gez. Lüerssen
Protokoll